Wilhermsdorf, 14. März 2025

Bayerischer Landtag macht erneut Hoffnung auf den Bau eines Kreisverkehrs bei Elpersdorf

MdL Harry Scheuenstuhl: „Staatlichen Teilfinanzierung des Kreisels über Zuwendungen des Freistaates weiterhin möglich!“

München – In dieser Woche wurde im Bayerischen Landtag erneut über den Bau des Kreisverkehrs bei Elpersdorf diskutiert. Im Zuge der Beratungen zum bayerischen Nachtragshaushalt 2025 wurde über einen entsprechenden Vorschlag des Wilhermsdorfer SPD-Landtagsabgeordneten Harry Scheuenstuhl (LK Fürth) abgestimmt.

Im Antragstext des SPD-Betreuungsabgeordneten für Stadt und Landkreis Ansbach heißt es, dass durch den Bau eines entsprechenden Kreisverkehrs von staatlicher Seite sichergestellt werden soll, dass den Beschlüssen des Stadtrates Ansbach über den Bau des Kreisels Elpersdorf an der Einmündung der Staatsstraße 2248 in die Staatsstraße 1066 entsprechend Rechnung getragen werden soll. Hierfür schlägt Scheuenstuhl eine staatliche Kostenbeteiligung in Höhe von zwei Millionen Euro vor (*Kap. 13 02, Tit. 893 06, Verstärkung von Investitionsmaßnahmen*). Der Antrag, der eine Finanzierung aus der sogenannten Fraktionsreserve des Staatshaushaltes vorschlägt, wurde von den regierenden Koalitionsparteien CSU und FW im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, dem Scheuenstuhl ebenfalls angehört, mehrheitlich abgelehnt.

„Allerdings scheint das Vorhaben von staatlicher Seite noch nicht endgültig vom Tisch.“, berichtet Scheuenstuhl aus den Beratungen im Münchner Maximilianeum. So hatte der Ausschussvorsitzende Josef Zellmeier (CSU) dem SPD-Abgeordneten in Anwesenheit des Staatsministers für Wohnen, Bau und Verkehr, Christian Bernreiter (CSU), noch die Möglichkeit aufgezeigt, den **Kreisverkehr mit Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) über die Richtlinien für Zuwendungen des Freistaates Bayern zu Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulastträger (kurz: RZStra) zu fördern.** Scheuenstuhl erklärt hierzu: „Über das Förderprogramm ließe sich ein solches Vorhaben mit einer Förderhöhe zwischen 30 und 90 Prozent der förderfähigen Kosten teilfinanzieren. Hierzu müsse die Stadt Ansbach einen entsprechenden Antrag bei der Regierung von Mittelfranken stellen.“ Laut Scheuenstuhl empfehle der Ausschussvorsitzende Zellmeier vor Antragsstellung eine **zwei- bis dreijährige Testphase der jüngst in Betrieb genommenen Ampelanlage.** „Die vorgeschlagene Wartezeit könnte man gut für notwendige Vorplanungen und die Antragszusammenstellung nutzen.“, so Scheuenstuhl abschließend.